



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.:	265-2021
Vorstossart:	Motion
Richtlinienmotion:	<input type="checkbox"/>
Geschäftsnummer:	2021.RRGR.385
Eingereicht am:	08.12.2021
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Remund (Mittelhäusern, Grüne) (Sprecher/in) Steiner (Boll, EVP) von Arx (Schliern b. Köniz, glp) Egger (Hünibach, SP) Imboden (Bern, Grüne) Flück (Interlaken, FDP) Gnägi (Aarberg, Die Mitte) Schilt (Utzigen, SVP)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	467/2022 vom 11. Mai 2022
Direktion:	Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Annahme als Postulat

Klimaschutz als Chance nutzen – Green New Deal für den Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. einen umfassenden Aktionsplan «Green New Deal für den Kanton Bern» vorzulegen, der sowohl den Klimaschutz als auch die Anpassung an den Klimawandel abdeckt
2. konkrete und wirksame Massnahmen zum Klimaschutz inklusive Finanzierungsplan, Realisierungsetappen und notwendige Anpassungen von gesetzlichen Grundlagen vorzuschlagen
3. die Strategie des Regierungsrates zur Erreichung der Klimaziele vorzulegen

Begründung:

Die Auswirkungen der Erderwärmung gehören zu den grössten mittelbaren Bedrohungen der Menschheit. Wird der globale Temperaturanstieg nicht auf deutlich unter 2°C beschränkt, werden die Folgen in noch bedrohlicherem Masse zunehmen. Mit dem Pariser Klimaübereinkommen soll die Klimaerhitzung auf möglichst 1,5°C begrenzt werden, indem die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2040 und 2060 auf null gesetzt werden.

Der Kanton Bern hat seit September 2021 das Netto-Null-Ziel in der Verfassung verankert. Nun gilt es, dieses auch mit Inhalt zu füllen und in die Tat umzusetzen. Die ungenügenden Resultate

der Klimakonferenz von Glasgow zeigen zudem, dass wir auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene noch dringender handeln müssen.

Eine rasche Intensivierung der Klimaschutzmassnahmen auf allen staatlichen Ebenen, die deutliche Steigerung der Effizienz in der Energie- und Ressourcennutzung und umfassende Nachhaltigkeit in der Abdeckung der verbleibenden Bedürfnisse sind dringliche Notwendigkeit.

Der Umgang mit dem Klimawandel bietet aber auch Chancen. Wird etwa die heute sehr tiefe Jahresrate der energetischen Gebäudesanierung, Heizungsersatz oder PV-Zubau deutlich beschleunigt, können im Kanton Bern viele Arbeitsplätze in allen Regionen geschaffen werden. Als besonders betroffener Berggebietskanton steht es Bern gut an, beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einzunehmen. Bisherige und angekündigte Bestrebungen (insbesondere im Rahmen der Umweltstrategie der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion) werden begrüsst, reichen aber zur Erreichung der Pariser Klimaziele nicht aus. Es braucht eine rasche Intensivierung beim Klimaschutz, indem verwaltungsintern, in Kooperation mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft und auch gesetzgeberisch eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemissionen vorangetrieben wird. Der rasche Umbau bedingt grosse Investitionen, die sich langfristig auszahlen. Um diese Investitionen zu stemmen, ist ein Finanzierungsplan zu erstellen. Dieser kann – muss aber nicht – in Form eines Klimafonds ausgestaltet werden.

Der Regierungsrat soll eine breite Strategie entwickeln und diese dem Grossen Rat vorlegen. Die Massnahmen sollen die Dringlichkeit des Klimaschutzes in allen Handlungsbereichen zum Ausdruck bringen. Diese sollen auch die Umsetzungsebene umfassen wie zum Beispiel die Förderung oder die Zulassung von Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien für Strom und Wärme.

Das Ziel des Vorstosses ist eine Umsetzung, wie dies der Bündner Grosse Rat am 19. Oktober 2021 mit dem Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» beschlossen hat.¹

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat geht mit den Motionärinnen und Motionären einig, dass die Herausforderungen des Klimawandels breit angegangen werden müssen. Mit der Annahme des neuen Verfassungsartikels 31a hat das Volk einen klaren Auftrag an Regierung und Parlament erteilt. Die Ziele beinhalten die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung, die Anpassung an den Klimawandel, Massnahmen die im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung sind, innovations- und technologiefördernd, sowie klimaverträgliche Finanzflüsse. Die Themenbreite zeigt, dass für eine erfolgreiche Umsetzung alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche gefordert sind. Umso wichtiger ist eine koordinierte Gesamtsicht statt abgrenzende Einzelstrategien und Umsetzungsplanungen. Mit einem umfassenden Aktionsplan könnte eine Konkretisierung zum Vorgehen und zur Umsetzungsplanung erreicht werden.

Die Ziele beinhalten Themen, die bereits heute auf der politischen Agenda des Kantons Bern stehen. Diverse politische Aufträge stehen zu Klimaschutz an, die mit einem umfassenden Aktionsplan gleichzeitig erledigt werden könnten. Insbesondere den Motionen zur Dekarbonisierung und zur Anpassung an den Klimawandel, sowie die Einführung einer Delegation für den Klimaschutz, die den Aktionsplan begleiten könnte:

- M 162-2018; 2018.RRGR.521 «Masterplan Dekarbonisierung - Umsetzung der Klimaziele von Paris im Kanton Bern»

¹ (<https://www.gr.ch/DE/Medien/Mitteilungen/MMStaka/2021/Seiten/2021081001.aspx>)

- M 121-2017; 2017.RRGR.348; «Klimafolgenabschätzung Kanton Bern: Massnahmenplan und Anpassungsstrategie: kantonale Handlungsfelder zum Schutz von Bevölkerung und Naturraum»
- M 039-2019; 2019.RRGR.57, «Klimanotstand - Delegation für den Klimaschutz schaffen»

Viele weitere Vorstösse aus diversen Wirtschaftsbereichen im Zusammenhang mit dem Klima wurden in den letzten Jahren überwiesen oder eingereicht: Holznutzung, Pflanzenkohle, CO₂- und Energiespeicherungen, Wasserstoffwirtschaft, Solaroffensive, Elektromobilität, Stromversorgung, klimaneutrale Land- und Ernährungswirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Hochwasserschutz und viele weitere. Allein diese Vielfalt weist darauf hin, dass eine Koordination all dieser Bereiche sinnvoll wäre.

Zu den einzelnen Forderungen der Motion:

1. Bereits heute hat der Kanton Bern mehrere klimarelevante Strategien (Energiestrategie, Umweltstrategie der WEU, Gesamtmobilität, Wirtschaftsstrategie etc.). Ein Zusammenführen der bestehenden Massnahmenplanungen und Aktivitäten könnte als Basis für einen umfassenden Aktionsplan dienen und gleichzeitig eine effizientere Umsetzung der diversen politischen Aufträge ermöglichen. Der Regierungsrat steht deshalb der Forderung für einen «Green New Deal für den Kanton Bern» analog dem Beispiel des Kantons Graubünden positiv gegenüber.
2. Um konkrete und wirksame Massnahmen zum Klimaschutz vorzuschlagen, müssen die Handlungsfelder analysiert und die Wirkungen beurteilt werden. Sowohl die Vorbereitung von notwendigen Anpassungen gesetzlicher Grundlagen wie auch das Erstellen von Finanzierungsplänen sind dazu unerlässlich, werden aber zu zusätzlichen Aufwendungen in der Verwaltung führen.
3. Um die Klimaziele 2050 zu erreichen, ist eine langfristige Klimastrategie mit Zwischenzielen, unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Strategien und den wirtschaftlichen Möglichkeiten, aus Sicht des Regierungsrates sinnvoll.

Verteiler

- Grosser Rat